

Vorlesung: Einführung in die Politikfeldanalyse, SoSe 2004, HHU Düsseldorf, PD Dr. Nils Bandelow, Do 9-11, 2. Sitzung (29. April 2004): Grundbegriffe, Problemstellungen und Methoden der Politikfeldanalyse, Auswahl der verwendeten Folien in druckfreundlichem Format und ergänzende Hinweise

Problemstellungen, Akteure und Interessen in der Beschäftigungspolitik

- Evaluation/Programmmodifikation
- Ergänzung zur letzten Sitzung: Fragestellungen und Typen von Policy-Studien
- Arbeitslosigkeit als Problem
- Ökonomische Grundlagen der Beschäftigungspolitik
- Individuelle und komplexe Akteure
- Verbandliche Akteure und Interessen in der Beschäftigungspolitik
- Konzepte und Phasen der Beschäftigungspolitik in Deutschland
- Evtl. Theorien der international vergleichende Staatstätigkeitsforschung
- Themenvorschläge für Hausarbeiten

Fragestellungen der Politikfeldanalyse (nach Werner Jann)

- „Was“? (Inhalt staatlicher Politik)
- „Warum“? (Voraussetzungen und Einflussfaktoren staatlicher Politik)
- „Wozu“? (Folgen und Wirkungen von Policies)

- Policies können „abhängige“ und „unabhängige“ „Variable“ sein

Quelle: In Anlehnung an Kai Wegrich (http://www.uni-potsdam.de/u/ls_verwaltung/Lehre/WS%202002/policy%20analyse.htm)

Typen von Policy-Studien

- 1. Design-Studien**
 - Beratend: „Was sollten Regierungen tun?“
 - *Beispiele: Gutachten der „Wirtschaftsweisen“*
- 2. Evaluations-Studien**
 - Wirkung erklärend: „Was sind die Effekt einer Policy?“
 - *Beispiele: „Ressortforschung“ in der Verwaltung, Rechnungshöfe*
- 3. Substantielle Studien**
 - „Wie entwickelte sich eine Policy“?
 - Was beeinflusste Formulierung, Umsetzung und Wirkung der Policy?
 - Worin unterscheiden sich Politikprozesse und Politikergebnisse bei ausgewählten Fällen (unterschiedlichen Politikfeldern, Zeiten, Ländern, Regionen etc.)
 - *Beispiele: Policy-Forschung an Universitäten und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten*

Quelle: In Anlehnung an Kai Wegrich (http://www.uni-potsdam.de/u/ls_verwaltung/Lehre/WS%202002/policy%20analyse.htm)

Begriffe

Arbeitsmarktpolitik (i.e.S.): selektive Einwirkung auf die Struktur von Angebot und Nachfrage, z.B. Förderung der beruflichen und räumlichen Mobilität von Arbeitern, Schaffung von Einstiegshilfen für bestimmte Gruppen (z.B. Langzeitarbeitslosen) – Problem: Eigentlich werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Beschäftigungspolitik: gesamtwirtschaftlicher Versuch der generellen Beeinflussung des Gesamtniveaus der Beschäftigung, eben entweder durch Nachfrage- oder durch Angebotsstrategien

Beschäftigungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik im weiteren Sinn.

Dimensionen des Beschäftigungsproblems

- statistische Dimension
- finanzielle Dimension
- psycho-soziale Dimension
- politische Dimension

(Neo-)Korporatismus

(Neo-) Korporatismus bezeichnet die institutionalisierte, verbindliche und regelmäßige Beteiligung (Inkorporierung) von Interessenverbänden an der Politik in westlichen Demokratien. Im idealtypischen Fall handelt es sich um umfassende zentralisierte Verbände mit Repräsentationsmonopol oder sogar um Zwangsverbände. Verbände sind selbst an der Formulierung und Durchführung staatlicher Maßnahmen beteiligt. Korporatismus bezweckt u. a. die Mäßigung interessenpolitischer Forderungen. Die Verbände werden über den Kompromisszwang zu Zugeständnissen gezwungen und setzen übergreifende Interessen gegenüber abweichenden Zielen einzelner Mitglieder durch

Phasen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

1949 bis ca. 1966	Ordoliberalismus
1966 bis ca. 1979	Keynesianische Globalsteuerung
1979 bis 1998	Neoliberale Angebotspolitik
Seit 1998	"Dritter Weg" (linke Angebotspolitik)

1949 bis ca. 1966: Ordoliberalismus

Elemente ordoliberaler Wirtschaftspolitik nach Walter Eucken

- Monopolpolitik (Fusionskontrolle, Auflösung vermeidbarer Monopole, Preis- und Mengenpolitik bei unvermeidbaren Monopolen)
- steuerbasierte Korrektur der Einkommensverteilung
- steuer- und beitragsfinanzierte Sozialpolitik
- Schutz der Naturquellen (Wald, Grund Boden) vor Raubbau

1966 bis ca. 1979: Keynesianische Globalsteuerung

Elemente keynesianischer Globalsteuerung

- antizyklische Stabilisierungspolitik
- umfassendes System sozialer Sicherung
- staatliche Bereitstellung von Gütern- und Dienstleistungen, die der Markt nicht ohne Mängel bereit stellt
- Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in die Politik (Neokorporatismus in der "Konzertierten Aktion", 1967-1977)

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Stabilitätsgesetz)

§ 1: Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Elemente neoliberaler Angebotspolitik 1979 bis 1998

- Erweiterung der Freiräume für unternehmerische Initiativen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kapitalbildung und Innovation
- Verbesserung der Flexibilität des Produktionsstandorts Deutschland

Hauptinstrumente der Angebotspolitik

- Privatisierung (VEBA, VIAG, Volkswagen, Lufthansa)
- Deregulierung/Entbürokratisierung (Tarifrecht, Umweltschutz)

Ergebnisse der Angebotspolitik

- bis Ende der 1980er Jahre wirtschaftlicher Boom ,
- weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit
- weiterer Anstieg Staatsverschuldung
- sinkende Lohnquote, Ausweitung der Gegensätze von Arm und Reich

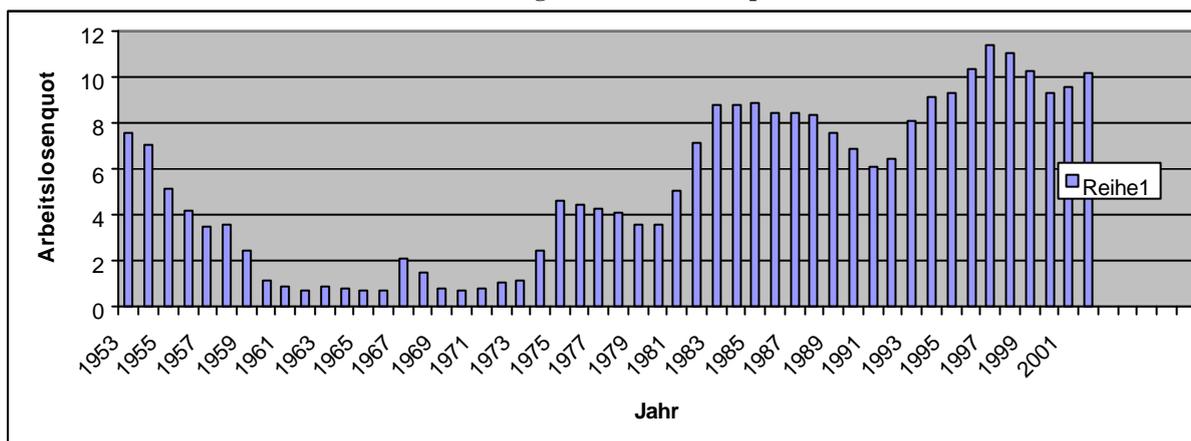
Hauptelemente des "dritten Wegs" seit 1998

- Investition in Humankapital (Bildung und Ausbildung),
- Bessere Verzahnung von Bildung und Ausbildung mit den Anforderungen der Wirtschaft (etwa: Unternehmensgründungen aus den Hochschulen heraus)
- Senkung der Unternehmenssteuern
- aktivierender Sozialstaat
- Einbindung der Spitzenverbände von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei konzertierten Politikprogrammen (Lohnzurückhaltung, Einstellungszusagen, Senkung von Steuerung und Abgaben, Deregulierung)

Themenvorschläge für Hausarbeiten

- Worin unterscheidet sich das Bündnis für Arbeit von der Konzertierten Aktion (1967-1977)?
- Wie hat sich die deutsche Beschäftigungspolitik nach 1998 verändert?
- Welche Einflussmöglichkeiten und Ziele haben die Gewerkschaften auf die Beschäftigungspolitik in Deutschland?
- Wie unterscheiden sich die Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik Unions- und SPD-geführter Bundesländer?

Entwicklung der Arbeitslosenquote



Arbeitslosenquote = Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Summe von abhängig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen)

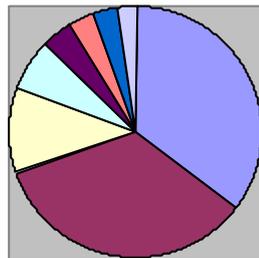
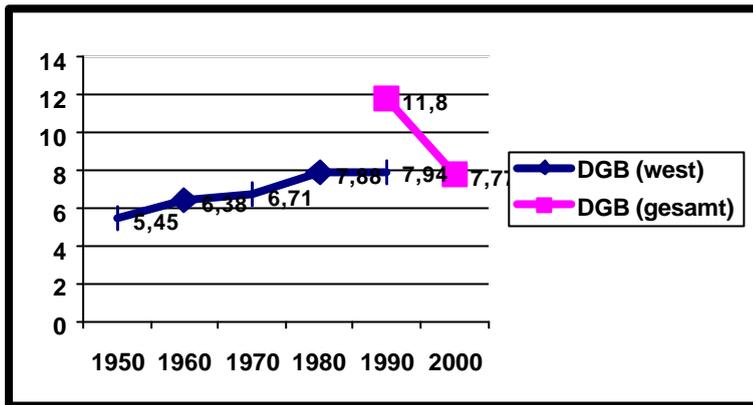
Zahlen aus den Arbeitsmarktstatistiken des Arbeitsamtes, Quelle: Dennis Karpa (<http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Nils.bandelow/be034t01.PDF>).

Akteurstypen

	Aggregierte Akteure	Kollektive Akteure				Korporative Akteure
		Koalition	Club	Soziale Bewegung	Verband	
Handlung	individuell	gemeinsam	gemeinsam	gemeinsam	gemeinsam	Organisation
Ziel	individuell	individuell	individuell	kollektiv	kollektiv	Organisation
Ressourcen	individuell	individuell	kollektiv	individuell	kollektiv	Organisation
Entscheidungen	individuell	Vereinbarung	Abstimmung	Konsens	Abstimmung	hierarchisch

Aus Scharpf 2000: 105.

Mitgliederentwicklung des DGB in Millionen und Aufteilung der 7,7 Millionen Mitglieder des DGB 2002, jeweils Quelle: Der Spiegel 19/2003: 41.



Korporative Akteure, Instrumente und Interessen in der Beschäftigungspolitik

Akteur	Instrument	Interessen
Gewerkschaft	Tarifpolitik	1. Hohe Löhne, 2. Hoher Beschäftigungsstand
Arbeitgeberverband	Tarifpolitik	1. Niedrige Löhne, 2. Niedrige Sozialabgaben
Zentralregierung (sozialdemokratisch)	Fiskalpolitik	1. Hoher Beschäftigungsstand, 2. Preisstabilität
Zentralregierung (bürgerlich)	Fiskalpolitik	1. Preisstabilität, 2. Hoher Beschäftigungsstand
Landesregierung (sozialdemokratisch)	Fiskalpolitik	1. Gesicherte Finanzierung des Landeshaushalts, 2. Unterstützung der Parteilinie
Landesregierung (bürgerlich)	Fiskalpolitik	1. Gesicherte Finanzierung des Landeshaushalts, 2. Unterstützung der Parteilinie
Zentralbank	Geldpolitik	1. Preisstabilität, 2. Preisstabilität

Annahmen in Anlehnung an Scharpf (2000).